Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 3.30. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr ℳ 3.30, im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 3.40 und 30 ₰ Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 ₰, außerhalb des Bezirks 25 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 30 ₰ extra. Reklame-Zeile 50 ₰. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 149. | Neuenbürg, Dienstag den 1. Juli 1919. | 77. Jahrgang.

Der württ. Hauptfinanzetat 1919.

Dem Landtag ist der Entwurf zum Staatshaushaltplan für 1919 mit einem Begleitschreiben des Finanzministers zur Beratung und Beschlußfassung zugegangen. Aus dem Begleitvortrag ist zu ersehen, daß sich bis zum Ausgang des Kriegs die württ. Staatsfinanzen gut entwickelt haben. Nicht nur konnten aus dem freien Restvermögen die staatlichen Aufwendungen für Kriegswohlfahrtspflege und eine Reihe sonstiger außerordentlicher Staatsausgaben bestritten, auch das Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse von 8 auf 12 Millionen Mark erhöht, sondern auch aus den Ueberschüssen jeweils zwei Fünftel, insgesamt 27 850 238 Mk. zur außerordentlichen Schuldentilgung oder zur Verrechnung auf verwilligte Anlehen verwendet werden. Der neueste Stand der Restverwaltung beläuft sich auf 20 078 275 Mk. Die laufende Verwaltung für 1918 wird voraussichtlich mit einem tatsächlichen Fehlbetrag von 25 Millionen abschließen, gegenüber dem veranschlagten Fehlbetrag von 34 262 352 Mk. und den großen einmaligen Teuerungsauslagen (22,4 Millionen Mk.), ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis. — Der Haushaltplan 1919 ist wie in den Kriegsjahren wieder als Notplan aufgestellt. Er schließt mit dem ungeheuren Fehlbetrag von 149 Millionen Mk. ab, der vor allem durch die Verkehrsanstalten verursacht ist, die, trotz der von der Eisenbahnverwaltung am 1. April 1919 durchgeführten Tariferhöhungen einen Abmangel von 102,5 Millionen Mk. (95,5 Mill. Mk. Eisenbahnen unter Einschluß der Teuerungszuwendungen an die Beamten, 5,6 Millionen Mk. der Posten und Telegraphen) aufweisen. Der Fehlbetrag von 149 Mill. Mk. muß daher durch gewaltige Steuererhöhungen gedeckt werden, die bis zur Grenze der Belastungsfähigkeit hinaufgehen müssen. Sämtliche Hauptsteuern des Staates haben dabei herzuhalten: vor allem ist es die Einkommensteuer; bei ihr soll der bisher nur auf 105—130 Prozent erhöhte Einheitssatz nun in allmählichem Aufsteigen von 150 bis auf 500 Prozent, bei Aktiengesellschaften bis auf 600 Prozent gesteigert werden. Bei der Vermögenssteuer ist vorgesehen, den bisherigen einheitlichen Satz von 1 v. T. des Vermögens von 50 000 Mk. ab bis auf 5 v. T. zu staffeln. Und schließlich ist vorgeschlagen, die Kapitalsteuer sowie die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer gleichmäßig von den bisherigen 2,1 Prozent auf 4 Prozent hinaufzusetzen und gleichzeitig für das Rechnungsjahr 1919 die Abzüge am Kataster der Weinberge und der übrigen Grundstücke in Höhe von 40 und 20 Prozent aufzuheben. Auch war es geboten, nach dem Vorgang bei der Gehaltsaufbesserung von 1911 die den Staatsbeamten usw. und Staatsarbeitern, sowie den Gemeinde- und Körperschaftsbeamten und -Arbeitern mit Rückwirkung auf 1. April 1919 verwilligten fortlaufenden Teuerungszuwendungen und Lohnerhöhungen noch für das Rechnungsjahr 1919 zur Einkommensteuer heranzuziehen. Trotz der gewaltigen Steuererhöhung ist daraus nur mit einem Mehranfall von 126 Millionen Mk. zu rechnen. Bei Gegenüberstellung des Staatsbedarfs mit 197 619 377 Mk. und der Einnahmen verbleiben als schließlicher Fehlbetrag 23 117 449 Mk., der, wie der für das Rechnungsjahr 1918 zu erwartende Fehlbetrag nur durch außerordentliche Mittel zu decken und daher nach dem Finanzgesetzentwurf zunächst aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorzuschießen und nötigenfalls durch Ausgabe von Schatzanweisungen oder Wechseln aufzubringen ist. Eine andere Deckung ist vorerst ausgeschlossen.

Deutschland.

Stuttgart, 29. Juni. Der Sozialdemokratie ist es nicht gelungen, auf den Posten des Ministeriums des Innern einen Nachfolger für Dr. Lindemann zu finden, Landtagspräsident Keil hat, wie wir aus sozialdemokratischen Kreisen hören, das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt. — Die Frage der Unterzeichnung des Friedens hat im Lager der Linksradikalen Uneinigkeit verursacht. Während nämlich die Unabhängigen auf dem Standpunkt stehen, daß der Friedensvertrag unterzeichnet werden mußte, lehnten die Spartakisten die Unterzeichnung ab. Die hieraus entstandenen Streitigkeiten haben sich bei allen radikalen Aktionen der letzten Tage bemerkbar gemacht.

Stuttgart, 30. Juni. Durch Entschließung des Staatspräsidenten wurde Oberstleutnant Wöllwarth, Chef des Generalkommandos des XIII. A.-K. mit der Führung der Geschäfte des Kriegsministeriums bis auf weiteres beauftragt.

München, 30. Juni. Die Kruppwerke in München sind an ein amerikanisches Konsortium verkauft worden, auch im Rheinlande sind industrielle Betriebe bereits an Amerikaner übergegangen.

Saarbrücken, 27. Juni. Die ersten deutschen Kriegsgefangenen sind hier angekommen und unter großem Jubel von ihren Angehörigen empfangen worden. Die aus dem Saargebiet stammenden Kriegsgefangenen sind unter den andern herausgezogen, in Sammellagern zusammengestellt und in ihre Heimat befördert worden.

Berlin, 30. Juni. Die deutsch-nationale Volkspartei hat zu der morgen in der Nationalversammlung beginnenden zweiten Lesung der Verfassung eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, darunter auch den, die früheren Reichsfarben schwarz-weiß-rot wieder herzustellen.

Berlin, 30. Juni. Der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg hat an Clemenceau geschrieben, man möge das gegen Seine Majestät den Kaiser beabsichtigte Verfahren gegen ihn, den Kanzler, stattfinden lassen. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler — so schreibt Bethmann Hollweg — trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hierauf den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird.

Berlin, 30. Juni. Nach Mitteilungen, die der Zeitung „Die Post" von der Ostfront zugehen, scheint dem Generalmajor Hoffmann, der, wie gemeldet, Knall und Fall zur Disposition gestellt worden ist, unrecht geschehen zu sein. Die Kundgebung über, oder, wenn man so sagen will, gegen den Frieden, die so viel Aufsehen erregt hat, ist danach von einer Berliner Korrespondenz entstellt worden. General Hoffmann hat demnach jede politische Demonstration ferngelegen. Er hat — immer nach dieser Quelle — nur erklärt, daß er seinen Platz nicht eher räumen werde, als bis die Rechte der an Polen abgetretenen Deutschen vertraglich gesichert seien, und dagegen wird man schließlich doch wohl kaum etwas einwenden dürfen. Tatsächlich scheint General Hoffmann nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen seiner Landsleute wie der Bevölkerung zu genießen. Das ist in zahlreichen Protesten gegen die beabsichtigte Maßregelung zum Ausdruck gekommen, denen sich am 27. Juni auch die deutsch-demokratischen Volksvertreter angeschlossen haben.

Berlin, 30. Juni. Das Erscheinen der „Denkwürdigkeiten" des verstorbenen Generalstabschefs von Moltke über die Vorgeschichte des Krieges ist, wie wir hören, freigegeben worden. Die Denkwürdigkeiten werden nunmehr im August im Buchhandel erscheinen.

Berlin, 28. Juni. Die Rücknahme der Reichstruppen aus Hamburg ist nur eine vorläufige. Vor Hamburg werden mehr als 20 000 Mann Regierungstruppen konzentriert. Der neue Einmarsch der Reichstruppen steht unmittelbar bevor. Die der Division Lettow-Vorbeck übertragene Aufgabe wird planmäßig durchgeführt werden. Heute nacht wurden in vielen Gegenden Plünderungen ausgeführt. Hamburg ist vollständig den bewaffneten Räubern preisgegeben. Irgendwelche Sicherheitsmaßnahmen sind nicht bemerkbar.

Hamburg, 28. Juni. Von den Schwerverletzten, die in den hiesigen Krankenhäusern als Opfer der Unruhen vom 24. und 25. Juni darniederliegen, sind noch weitere 9 gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 62 erhöht. Es schweben noch immer einige Schwerverletzte in Lebensgefahr.

Thorn, 30. Juni. Die Thorner Militärbeamten sind von der Militärbehörde aufgefordert worden, die Festung Thorn binnen 14 Tagen zu räumen und zwar mit dem gesamten Mobiliar.

Französischer Vandalismus.

Kehl, 30. Juni. Nachdem am Montag, den 23. Juni, an welchem Tage die Unterzeichnung des Friedens in Frage stand, ein nächtlicher Versuch, das Kriegerdenkmal im ehemaligen Dorfe Kehl zu zerstören, wegen des in der Nacht herrschenden Sturmwindes bei großer Dunkelheit nicht geglückt ist (es wurde durch Zug an einem um die Standfigur gelegten Seil nur das Bajonett des ehernen Kriegers verbogen), haben die Franzosen in der Nacht vom Samstag auf Sonntag um 1 Uhr morgens das ehemalige Kriegerdenkmal zu Fall gebracht, indem sie an einem um das Standbild gelegten Tau Pferde anspannten und durch Anziehen dasselbe vom Sockel herunterrissen. Die Erbitterung der Bewohner Kehls über diese nichtswürdige Tat ist begreiflich.

Bei dieser Gelegenheit muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen die in Haft genommenen richterlichen Beamten, welche, wie bereits mitgeteilt, gegen den Hochverräter Hompa vorgingen, in geradezu empörender Weise behandelten. Die Beamten werden nach zuverlässigen Nachrichten in strenger Militärhaft und bei schlechtester Verpflegung gehalten.

Deutsche Trauer.

Berlin, 29. Juni. Der evangelische Oberkirchenrat hat durch einen besonderen Erlaß den Geistlichen und Gemeindekirchenräten der altpreußischen Provinzen nahegelegt, Sonntag, den 6. Juli für die evangelischen Gemeinden zu einem Trauertag zu gestalten, an ihm der ganzen Lebenshaltung ein ernstes Gepräge zu geben, lärmende Vergnügen tunlichst hintanzuhalten und dafür einzutreten, daß wenigstens die evangelischen Gemeindeglieder von ihnen fernbleiben.

Berlin, 28. Juni. Der Reichsverband deutscher Offiziere hat anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Telegramm an alle Korpsverbände für seine Mitglieder folgende Parole auszugeben: Deutschland war gezwungen, einen Schmachfrieden zu unterzeichnen, und es muß Angehörige des eigenen Volkes fremden Nationen preisgeben, um einer völligen Vernichtung zu entgehen. Kameraden! Wir fordern auf, als äußeres Zeichen unserer Trauer sofort für 14 Tage Trauerflor anzulegen.

Der Reichsverband deutscher Unteroffiziere hat anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Telegramm an alle Korpsverbände für seine Mitglieder folgende Parole ausgegeben: „Deutschland war gezwungen, einen Schmachfrieden zu unterzeichnen, und es muß Angehörige des eigenen Volkes fremden Nationen preisgeben, um der völligen Vernichtung zu entgehen. Kameraden, wir fordern auf, als äußeres Zeichen unserer Trauer sofort für 14 Tage Trauerflor anzulegen."

Gegen den Frieden.

Berlin, 29. Juni. Das Armee-Oberkommando Süd spricht, wie der Voss. Ztg." aus Breslau gemeldet wird, der Regierung ein Mißtrauensvotum aus, in dem es die Unterzeichnung des Friedensvertrags als bittere Ehrenkränkung bezeichnet. Nur die Not des Vaterlandes zwinge, wie es in der Erklärung heißt, die Offiziere, vorläufig noch im Dienst zu bleiben, um es vor dem inneren Zusammenbruch zu schützen. Das Vertrauen zu einer Regierung, die der Armee und dem Volke eine derartige Schmach angetan habe, hat das Offizierskorps aber verloren. Unterzeichnet ist die Erklärung vom Oberbefehlshaber General der Infanterie von dem Borne.

In den Konservativen Blättern, die mit Einschluß der „Tägl. Rundschau" mit Trauerrand erscheinen, wird ein Aufruf veröffentlicht, den die Deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung in der Stunde der Unterzeichnung des Schmachfriedens erläßt. In dem Aufruf heißt es u. a.: „In unbeirrbarer Treue stehen wir zu denen, die in harter Kriegsnot unser Volk verantwortlich geführt haben. Kein rechter Deutscher wird sich finden, der sie in Friedenszeit ausliefert. Die Revolution hat das Volk entwaffnet und entnervt. Die Frucht der Revolution ist dieser Friede. Durch seinen unerträglichen Druck soll er den Charakter unseres Volkes stählen und alle guten Geister aufwecken. Das ist unsere einzige Hoffnung. Dankbar und tapfer scharen wir uns um das alte deutsche Banner schwarz-weiß-rot."

Zur Senkung der Lebensmittelpreise.

Berlin, 28. Juni. Es ist schon kurz gemeldet worden, daß die Regierung den streikenden Eisenbahnarbeitern eine Senkung der Lebensmittelpreise vorschlug, falls sie auf die Durchführung des Streiks verzichten würden. Die Arbeiter zeigten sich diesem Vorschlag geneigt. Es sollen also vom 5. Juli ab bestimmte Rationen zu bestimmten Preisen an die gesamte Bevölkerung abgegeben werden. Die Senkung der Preise wird so stark sein, daß die Ersparnis z. B. für eine fünfköpfige Familie pro Woche 25 bis 30 Mark ausmacht.

Die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zufuhren ist endgültig folgendermaßen festgesetzt worden. Zu dem Verkaufspreis, welchen die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Unkosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Backmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden soll, 80 bis 85 Pfg., statt bisher 2,20 bis 2,50 Mk.; Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit ¼ Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2,00 bis 2,20 Mk., statt bisher über 3,00 Mk.; Hülsenfrüchte etwa 1,10 bis 1,30 Mk., statt 2,20 Mk., ausländisches Fleisch, soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Rationen verteilt werden muß, 4,50 bis 5,00 Mk., während bekanntlich zuletzt in Berlin 11 Mk. für das Pfund gezahlt werden mußte; amerikanischer Speck 125 Gramm pro Kopf und Woche 4,00 bis 4,50 Mk., statt bisher 7 bis 8 Mk.; ausländisches Speisefett 50 Gramm pro Kopf und Woche 5,00 bis 5,50 Mark, statt bisher 6 bis 7 Mark; ausländische Kartoffeln

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sonen soweit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach überschlägiger Berechnung wird der Gesamtbetrag der Verbilligung über 1½ Milliarden Mark betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf Reich, Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem Preis sich in dieser Weise beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preußische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Schnelligkeit durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Die „Frankf. Ztg. bemerkt hierzu: „Die Hoffnung ist, daß dadurch nicht nur ausländische Lebensmittel billiger werden, sondern daß auch die Schleichhandelspreise der inländischen Lebensmittel dadurch unter einen scharfen Druck gesetzt werden, dem sie weichen müssen. Diese Schleichhandelspreise sind ja unser Verhängnis. Weil die Bevölkerung von den Rationen nicht leben kann, besorgt sie sich notwendige Ergänzung „hinten herum"; und je größer bei der schweren Warenknappheit, dem eigentlichen Kern des Uebels, diese illegitime, aber eben durch die Not legitimierte Nachfrage ist, desto höher diese Schleichhandelspreise, desto größer auch der Anreiz für die Landwirte, ihre Erzeugnisse nicht für die reguläre Verteilung abzuliefern, sondern sie zu den hohen Preisen in die dunklen Kanäle des Schleichhandels zu geben — desto kleiner also die für die Verteilung verfügbaren Mengen, desto kleiner mithin die zu den legitimen Preisen erhältlichen Rationen. Eben diesem soll jetzt entgegengewirkt werden. Wenn jetzt die ausländischen Lebensmittel dazu verwandt werden, die Rationen wirksam zu erhöhen so sinkt die Nachfrage nach Schleichhandelsware. Und diese sinkende Nachfrage zusammen mit den niedrigen Preisen der Auslandsware wird, hoffentlich, auch die Schleichhandelspreise selbst herunter gehen lassen, sodaß tatsächlich eine allgemeine Verbilligung der Ernährung die segensreiche Folge wäre. Den dunklen Punkt in dem Experiment darf man natürlich nicht übersehen Es kostet Geld: 500 Millionen Mark im Monat, 1500 Millionen in drei Monaten, für die es zunächst in Aussicht genommen ist. Aber das ist ja nur Verschiebung. Die ausländischen Lebensmittel selbst werden dadurch weder teurer noch billiger. Die deutsche Volkswirtschaft muß zahlen, was sie kosten. Und der Unterschied ist nur der, daß normaler Weise der Käufer den ganzen Preis zahlen müßte, während jetzt einen Teil davon der Staat zahlt — dem natürlich der Steuerzahler das Geld zurückzahlen muß. Die außerordentlich wichtige Aenderung in der Funktion der Steuer, die im sozialen Staat unzweifelhaft kommen muß, kündigt sich hier an."

Berlin, 29. Juni. Die Preisermäßigung für die Lebensmittel ist in der heutigen Kabinettsitzung eingehend beraten worden. Nähere Einzelheiten über ihre Durchführung sind bisher noch nicht bekannt, doch steht fest, daß man den Plan erwogen hat, höhere Steuerklassen der Bevölkerung von der Preisermäßigung auszunehmen. Das läßt sich aber nach Angabe der Regierung in der Kürze der Zeit nicht durchführen. Demgegenüber muß gesagt werden, daß diese Einrichtung seit Jahren in Darmstadt und in Straßburg und seit einiger Zeit im ganzen Freistaat Sachsen durch die Ausgabe von zweierlei Sorten Lebensmittelkarten durchgeführt ist und sich gut bewährt hat. Wie die Verteilung der Lasten stattfinden soll, steht ebenfalls noch nicht fest, doch ist es sicher, daß Preußen von den 1½ Milliarden 500 Millionen zu tragen hat.

Wichtig ist, daß in dieser ganzen Frage die Preisermäßigung sich einzig und allein auf die Lebensmittel bezieht, die wir aus dem Auslande erhalten. An den Preisen der einheimischen Lebensmittel läßt sich vorläufig eine Aenderung nicht vornehmen. Die Preisermäßigung soll für ganz Deutschland gelten.

Ausland.

Wien, 30. Juni. Wie das „Neue Wiener Abendblatt" meldet, trafen etwa vierzig Flüchtlinge aus Budapest in Wien ein. Unter den Angekommenen befinden sich mehrere namhafte Politiker und Bankdirektoren, sowie eine Anzahl Damen, die ohne Gepäck, nur um das Leben zu retten, die Heimat verließen. Sie erzählen furchtbare Einzelheiten über die Scheußlichkeiten in Budapest. Die Budapester Bevölkerung beabsichtigte, sich an die Wiener Ententemissionen zu wenden, zur Feststellung der Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde der Räterepublik und zum Schutze der unschuldigen Bevölkerung gegen Bluttaten. Der Budapester Diktator Szamueli unterzeichne noch immer Todesurteile, die in seiner Gegenwart vollstreckt würden.

Genf, 30 Juni. Beim Empfang der Deputierten am Samstag abend nach der Unterzeichnung des Vertrages durch die Deutschen sprach Clemenceau: Der Friede mit Deutschland stehe unter dem Schutze des Völkerbundes. Die strenge Beachtung des Friedens durch Deutschland sichert dem bisherigen Feind die Hilfe der Alliierten in seinen Ernährungs- und Wirtschaftsschwierigkeiten.

Paris, 30. Juni. Nach einem Beschluß der Alliiertenkonferenz soll die Ratifizierung des Friedens mit Deutschland in allen Parlamenten der alliierten und assoziierten Staaten innerhalb Monatsfrist erfolgen. — Die sozialistische Presse Frankreichs gibt Wilson beim Verlassen Europas die Versicherung mit, daß er vollständig versagt und ohnmächtig den Imperialismus habe gewähren lassen.

Paris, 29. Juni. Nicht alle französischen Fahnen aus dem Jahr 1870 sind vernichtet worden, denn nicht alle Fahnen waren in Berlin, sondern einige davon, die Frankreich damals verloren hat, befinden sich heute in München. Die französische Regierung hat Schritte unternommen, damit diese Fahnen erhalten bleiben und nach Paris gebracht werden.

Versailles, 29. Juni. Der deutsche Gesandte Haniel richtete an Clemenceau eine Note, in der er um baldigen Zusammentritt der für die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen vorgesehenen Kommission ersucht. Aus Furcht vor einer Nichtratifikation des Friedens durch die Nationalversammlung wird in der französischen nationalistischen Presse für Verschiebung der Heimbeförderung der Gefangenen nach der Ratifikation plädiert. Clemenceau hat in einer Note die Bereitwilligkeit ausgesprochen, nach der Unterzeichnung die von Deutschland aufgeworfenen Fragen über die Rheinlande zu regeln.

Versailles, 29. Juni. Clemenceau hat auf die Denkschrift der türkischen Delegation geantwortet, daß die Herrschaft der Türkei überall den Untergang der von ihr regierten Länder herbeigeführt habe, und daß daher eine Wiederherstellung des Gebiets der Türkei wie vor dem Krieg ausgeschlossen sei.

London, 28. Juni. „Manchester Guardian" behauptet, daß für die Schäden des deutschen U-Bootkrieges allein 60 bis 70 Milliarden Schilling von Deutschland an die Alliierten zu zahlen sind.

London, 29. Juni. Griechische Bluttaten gegen die Türken. Im englischen Unterhaus erklärte Harmsworth in Beantwortung einer Frage über den Bericht, daß die Griechen in Smyrna angesichts der alliierten Kriegsschiffe ihre Gefangenen massakrierten: „Ich bedauere, nach dem einzigen amtlichen Bericht sagen zu müssen, daß nicht daran gezweifelt werden kann, daß eine Anzahl türkischer Offiziere und Mannschaften ihr Leben in der angegebenen Weise verloren haben. Die Sache wird von der britischen Delegation in Paris ernstlich untersucht, und ich glaube, daß die griechische Regierung die Ausschreitungen bedauert und alles tut, um eine Wiederholung zu verhüten.

4300000 Francs für die Siegesfeier in Paris.

Genf, 29. Juni. Der Pariser Kammer lag am Freitag der Antrag vor, für die Siegesfeierlichkeiten in Paris 4300000 Francs zu bewilligen. In der Debatte sprachen sich die Sozialisten scharf gegen diesen Antrag aus und es kam zu stürmischen Szenen. Der Zimmerwalder Sozialist Brizon erklärte: „Jetzt ist nicht der Augenblick, den Friedensvertrag zu feiern, einen Vertrag, der den Ruin besiegelt." (Stürmische Protestrufe im ganzen Saal. Ein Deputierter schreit: „Hier wird französisch gesprochen und nicht bolschewistisch"). Als Brizon weiter reden kann, sagte er: „Es ist einfach lächerlich, den Tod von 1,5 Millionen Franzosen durch eine Festlichkeit zu feiern". Darauf erhebt sich ein allgemeiner Sturm, welcher der Rede Brizons ein Ende machte. Der Präsident erklärte unter dem Beifall der Kammer, kein Abgeordneter habe das Recht, in dieser Weise zu sprechen. Die Kredite werden hierauf ohne Kommissionsberatung bewilligt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

* **Neuenbürg**, 30. Juni. Die heurige Pfingstkollekte hat im Kirchenbezirk den Gesamtbetrag von 736 ℳ 38 ₰ ergeben. (1918: 569 ℳ 23 ₰.)

Neuenbürg, 30 Juni. (Sitzungsbericht des Bezirks Arbeiter- und Bauernrats des O.A. Neuenbürg vom 2. Juni). Der Kassenbericht wurde genehmigt. Betr. des Beschlusses seitens der bürgerlichen Parteien der Landesversammlung, die Rechtskraft der Satzungen der A.- und B.-Räte ab 15. Juli abzulösen, entspann sich eine lebhafte Debatte und wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen, welche die Delegierten zu der am 7. Juli in Stuttgart stattfindenden Landesversammlung vorzulegen haben: das Verhalten der Gewerkschaftsbeamten beim Landesausschuß unterlag einer scharfen Kritik. Die bei der Deputation beim Ernährungsministerium beteiligten Mitglieder erstatteten einen übersichtlichen Bericht. Die zugesagte weitere Schlachtviehzuweisung von auswärts entlastet ganz bedeutend den Viehbestand im eigenen Bezirk. Der Bericht fand allgemeinen Anklang und wurde schon im Sitzungsbericht des N. A.-R. erörtert. Wegen der Versorgung mit Auslandskartoffeln für die Gemeinden wurde das Verhalten des Kommunalverbandes scharf verurteilt, da derselbe nur für die Kurorte Auslandskartoffeln bestellt hatte und erst auf telephon. Anruf seitens der Deputation sich mit den Schultheißenämtern in Verbindung setzte. Wir nehmen die Entschuldigung wohl an, daß der Preis mit ca. 40 Mk. per Zentner für einen Arbeiter sehr hoch ist, aber trotzdem hätte durch Rundschreiben mit den zuständigen Behörden eine Verständigung herbeigeführt werden müssen.

Ueber schlechte Ablieferung der Produzenten und Selbstversorger mit Mehl liefen verschiedene Beschwerden ein, deren Abstellung gefordert wurden. Es wird hierbei noch bemerkt, daß Oberamtspfleger Kübler Selbstversorger mit Mehl ist und hoffen wir, daß damit die eingehenden Anfragen ihre Erledigung finden. — Betr. Kurfremdenverkehr wurden nach eingehender Aussprache auf Grund der vorliegenden Einsendungen von Wildbad und Herrenalb und nach Bericht seitens des Vorsitzenden über die Deputation von Herrenalb, bestehend aus Handwerkern, Angestellten und Hotelbesitzern, folgender Beschluß gefaßt: Auf Grund der jetzt noch überaus mißlichen Ernährungsverhältnisse ist es z. Z. unmöglich, den von Herrenalb gestellten Antrag, den Kurfremdenverkehr auf 50 Prozent der Friedenshöhe frei zu lassen, anzunehmen, vielmehr muß vorläufig auf der Beschränkung wie von der Regierung angeordnet, beharrt werden, da es auch z. Z. unmöglich wäre, eine derart große Zahl von Kurfremden allein durch Selbstbezug von ausländischen Lebensmitteln, ohne Zuweisung durch den Kommunalverband usw., ohne gleichzeitig im Bezirk zu hamstern, vollständig mit Lebensmitteln zu versorgen. Es wird die teilweise momentane Notlage der beteiligten Kreise wohl anerkannt, jedoch bemerkt, daß von der zuständigen Behörde äußerst loyal die eingehenden Gesuche behandelt werden und der derzeitig geringe Besuch von Fremden wohl hauptsächlich auf die nahe Feindesgrenze zurückzuführen ist. — Auf An-

Der Tag der Abrechnung.

Roman von A. v. Trystedt.

27] (Nachdruck verboten.)

Edith packte ihren Korb nun vollständig aus. Was kam da alles zum Vorschein, ein paar Gläser mit Eingemachtem, saftiger Braten, eine Flasche Wein, aber auch Wäsche für die kleinen Erdenbürger, denn daran fehlte es, wie man ihr berichtet.

Dann beugte sie sich über das Zwillingsschwesterchen, welches in einem Wäschekorbe schlummerte. „Du könntest auch einen Paten brauchen, der für dich ein wenig sorgte, klein Dorchen," lachte sie; „ich weiß nur nicht, wo man den für dich ausfindig machen könnte."

„Er ist schon gefunden", sagte vom Fenster her eine fröhliche, sonore Stimme.

Dort stand Magnus Vollmer. Er hatte den Strohhut abgenommen, und die Sonnenlichter spielten auf seinem blonden Haar und der weißen edlen Stirn.

Er hatte alles beobachtet. Wie ein liebes Wunder erschien ihm, was er geschaut, das schöne, vornehme Mädchen mit dem weichen, menschenfreundlichen Sinn, bemüht, den einfachen Leuten ihr Los zu erleichtern, das kleine Haus, umschattet von den weitästigen Buchen.

Im Schankraum hantierte der Mann, eine derbe, treuherzige Gestalt. Er zog das rechte Bein ein wenig nach; diesen körperlichen Fehler abgerechnet, war er ein stattlicher, hübscher Mann.

„Herr Vollmer!" rief Edith freudig überrascht und leicht errötend, denn unbewußt hatte sie sich in Gedanken mit Magnus beschäftigt, „das ist ein guter Gedanke!" Und zu der Mutter sich wendend, fuhr sie heiter fort:

„Nun hat auch Dorchen ihren Beschützer bekommen, einen Paten, der es nicht nur dem Namen nach sein wird!"

Resolut holte sie das rote Barchentbündel unter der Bettdecke hervor und hielt es Magnus hin: „Das ist Dorchen, Ihr Patenkind, einstweilen noch anspruchslos und wohlversorgt, aber bald — in einem Jahre — wird das anders werden, nicht wahr, Dorchen? Dann brauchen wir hübsche Schuhchen, ein Mützchen, ein Jäckchen, auch ein Püppchen und viele, viele andere Dinge, die ein Pate schenken kann."

Vollmer hatte seinen Notizblock hervorgezogen. „Nur immer weiter," ermunterte er, „ich bin bereits in der Uebung; zu den Schuhen gehören Strümpfe und zu dem Jäckchen ein Kleid, die Puppe braucht einen Wagen, in welchem sie spazierengefahren wird, und vor den Wagen spannt man einen Ziegenbock."

„O, da überspringen Sie mindestens drei Jahre, Herr Vollmer, also wollen wir vorläufig nur aufhören. Eins bitte ich noch zur gefälligen Kenntnis zu nehmen: Am 30. Juni ist Doppel-Geburtstag, da tun Sie Ihrem guten, gebefreudigen Herzen am besten keinen Zwang an."

Magnus nickte vergnügt. „Wenn Sie versprechen, Komtesse, mit mir zusammen den Geburtstagstisch für die kleinen Erdenbürger aufzubauen, soll alles nach Ihren Wünschen zum Besten Ihrer Schützlinge geschehen. Dann lande ich am genannten Tage hier in der Waldschenke, und sollten mich vorher Länder und Meere von diesem Erdenwinkel trennen."

„Angenommen!" sagte Edith, Magnus unbefangen die Hand reichend, die dieser respektvoll küßte; „aber nun schnell ins warme Bettchen mit dir, klein Dorchen. So, und nun schlaf mein Kindchen, schlafe ein."

Die letzten Worte hatte sie mehr gesungen wie gesprochen. Ihre Stimme erinnerte an eine silberne Glocke.

Klein Dorchens Mutter faltete unwillkürlich die Hände. „Lieber Himmel, erhalte meinen Kindern die Gunst dieser guten Herzen, dann kann es ihnen niemals ganz schlecht gehen!"

Mit freundlichen Worten verabschiedete sich Edith. Der Mann kam nicht zum Vorschein, er hatte in der Gaststube zu bedienen, ein paar Fuhrleute verlangten Essen und Trinken.

Gemeinsam traten die jungen Menschen den Rückweg an. Die Sonne streifte kaum noch die Baumkronen. Es wurde dunkel im Walde.

„Fürchten Sie sich nicht, Baronesse, wenn Sie ohne jede Begleitung im Dämmer durch den Forst gehen?" fragte Vollmer, „ist wirklich keine Gefahr dabei?"

„Nein, durchaus nicht. Aber trotzdem," gestand Edith kleinlaut, „Mama darf es nicht wissen, daß ich persönlich zu den Leuten gegangen bin, sie kommt niemals selbst mit den Armen in Berührung, sondern läßt durch ihre Gesellschafterin Erkundigungen einziehen und richtet sich nach deren Vorschlägen. Ich aber kann mich zu dieser Art des Wohltuns nicht entschließen. Ich gehe selbst und handle nach den empfangenen Eindrücken. Was hätte z. B. der armen Frau Wilcke irgendeine gleichgültige Vermittlerin genützt? Wenn ich das Elend der Leute und andererseits ihre Bravheit direkt auf mich einwirken lasse, finde ich auch die rechten Mittel, um zu helfen. Und darauf, daß in der rechten Weise geholfen wird, kommt alles an. Möglicherweise würden die Aermsten sich durch eine Vermittlerin gedemütigt fühlen, dann wären sie ja doppelt beklagenswert."

Magnus hatte aufmerksam zugehört. „Diese Anschauung macht Ihrem Herzen alle Ehre, gnädiges Fräulein," sagte er warm, „aber Vorsicht ist bei der Selbstbetätigung in diesem Falle doch nötig. Wie leicht können Sie in Ihrer Unerfahrenheit das Opfer einer ansteckenden Krankheit werden. Bei den wenigsten dieser Hilfsbedürftigen herrscht die notwendige Sauberkeit. Die Luft in den engen, schlecht gelüfteten Räumen ist mit Krankheitskeimen angefüllt, und Sie befinden sich in ständiger Lebensgefahr, wenn Sie solche Wohnstätten aufsuchen."

Edith lohnte seine Besorgnis mit einem warmen Blick. „Dasselbe sagt auch Mama, und an anderen Orten, besonders in einer größeren Stadt, würde größere Vorsicht nötig sein. Bei unseren Landleuten jedoch kenne ich mich schon aus. Hier bei den Wilckes herrscht die denkbar größte Sauberkeit, und sie sind für ein gutes Wort mindestens ebenso empfänglich, wie für Geschenke."

Sie war jetzt wieder auf derselben Stelle angelangt wo sie sich vor einer knappen Stunde getroffen hatten. Die Sonne schien nicht mehr. Grau und farblos, wie ein riesiger Schatten, verschwamm in der Dämmerung das alte Schloß.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

frage giebt der Vorsitzende noch bekannt, daß ein Christian Schmidt von Wildbad unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zugunsten Wildbads und dessen Wirtsvereins in Neukirch sich fälschlicherweise als Beauftragter Kartoffelaufkäufer des Kommunalverbandes Neuenbürg ausgab und ca. 900 Zentner Kartoffeln aufkaufte und an den Wirtsverein Wildbad sandte, die jedoch unserem Bezirk angerechnet wurden, wodurch der Schwindel aufgedeckt wurde. Cirka 300 Zentner konnten wieder für die allgemeine Versorgung beigebracht werden. Mit betr. Schmidt wird sich nun noch die Staatsanwaltschaft beschäftigen. Wir glauben wohl feststellen zu müssen, daß solche Machenschaften nicht dazu beitragen, die nicht an Kurfremden interessierten Arbeiter und Einwohner des Bezirks für den Kurfremdenverkehr einzunehmen.

Es erfolgte noch Erledigung verschiedener eingegangener Anträge von örtl. A.- und B.-R. — Von Salmbach geht Beschwerde ein, daß bei der Kartoffelaufnahme am 10. Juni der dortige Gemeindepfleger Dittus, der seither immer bei den Aufnahmekommissionen war, die jetzige Kommission mit der Sense bedrohte und dadurch bei sich die Aufnahme verhinderte. Die gemeinen Drohungen wollen wir hier nicht wiedergeben; eine exemplarische Strafe durch das Gericht ist wohl angebracht, um den Anordnungen der Behörden die genügende Geltung zu verschaffen.

Birkenfeld, 30. Juni. Verwaltungspraktikant Julius Holzschuh, z. Zt. beim Oberamt Heidenheim, ist auf 1. Juli d. J. zum Ministerium des Innern einberufen.

Württemberg.

Stuttgart, 30. Juni. Am 24. Juni hat eine unbekannte Frauensperson die Leiche eines neugeborenen Kindes in einer Handtasche in den Neckarkanal geworfen. Die Kriminalpolizei hat die Täterin nunmehr in der Person der 25 Jahre alten Kassiererin Klara Weber von Rochberg ermittelt und festgenommen.

Sontheim b. Ulm, 30. Juni. Eine merkwürdige Demonstration hat am Freitag hier stattgefunden. Eine größere Anzahl auswärts wohnender Arbeiter rückte hiesigen Bauern auf den Leib und nötigte sie zu der unterschriftlichen Erklärung, die laut Bestimmung erforderliche Anzahl Eier abzuliefern. Ein Bauer wurde im Ort herumgeführt mit einem umgehängten Plakat mit der Aufschrift „Wir sind die größten Wucherer."

Rohracker, 30. Juni. Gestern früh zwischen 4 und 5 Uhr entdeckte der hiesige Feldwächter im Gewann Dürrbach drei 17jährige Burschen aus Stuttgart beim Kirschenstehlen. Die Burschen ergriffen, als sie sich entdeckt sahen, die Flucht und sprangen dem Walde zu. Auf das Signal des Feldwächters erschienen zwei weitere mit dem Feldschutz betraute Männer und forderten die Flüchtlinge wiederholt zum Halten auf. Da dies erfolglos blieb, gab einer der Feldwächter einen Schreckschuß mit dem Revolver ab und traf einen der Burschen in die linke Schulter, so daß die Kugel in der rechten Brustseite wieder herauskam. Wenige Minuten später ist der Verletzte, der trotz seiner Verwundung weitersprang, bis er zusammenbrach, infolge Verblutung gestorben. Ein zweiter Bursche konnte ergriffen werden, während der dritte entkam.

Baden.

Hockenheim, 27. Juni. Vom Tode ereilt wurde gestern nachmittag eine junge Frau namens Stober von hier während sie mit ihrem Bruder im Walde Holz sammelte. Mit einem Aufschrei brach sie plötzlich leblos zusammen. Eine Herzlähmung hatte ihrem Leben ein Ende bereitet.

Freiburg, 28. Juni. Die „Elsaß-Lothr. Nachr." melden: Es bestätigt sich, daß der französische Staat auf Kosten der das Elsaß verlassenden deutschen Zivilbewohner eine durch nichts zu beschönigende Raubpolitik betreibt. Alle Möbeleinrichtungen, die von den Eigentümern verlassen wurden, sind nicht nur beschlagnahmt worden, sondern die französischen Zwangsverwalter wurden bereits angewiesen, mit der Veräußerung des deutschen Hausrats zu beginnen. In Diedenhofen haben öffentliche Versteigerungen von privatem deutschen Mobiliar stattgefunden.

Stühlingen b. Bonndorf, 29. Juni. Letzter Tage versuchte ein Arbeiter des hiesigen Gipswerks im Auftrag seines Arbeitsgebers 50000 Mk. nach der Schweiz zu schmuggeln. Er fiel aber dem Grenzschutz in die Hände.

Konstanz, 28. Juni. Alle in der Schweiz noch internierten deutschen Kriegsgefangenen — 1200 Offiziere und 3000 Mann werden vom 15. bis 30. Juli über Konstanz zurückgeschafft.

Radolfzell, 29. Juni. Durch Kriminalbeamte wurden auf der Strecke Radolfzell—Singen zwei Eisenbahnwagenladungen mit Kakao und Kaffee und 1500 Liter Branntwein beschlagnahmt.

Büsingen b. Radolfzell, 29. Juni. Die Bestrebungen von badischen Gemeinden im Zollausschlußgebiet, ihren Uebergang zur Schweiz durchzusetzen, scheinen nicht zur Ruhe zu kommen. Neuerdings wird berichtet, daß die Gemeinde Büsingen den Anschluß an die Schweiz mit allen Mitteln zu verwirklichen trachtet, da er von fast allen Einwohnern gewünscht wird. In Schaffhausen giebt man sich alle Mühe, diesen Anschluß durchzusetzen, während die badischen Behörden dem entgegenzuarbeiten suchen.

Neueste Nachrichten.

München, 1. Juli. Das Kruppwerk in München tritt morgen in Liquidation. Die Schließung des Werkes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines wirtschaftlichen Betriebs, nachdem das Werk in 5 Monaten 3 Millionen Mk. Ausgaben gehabt und nur für 300000 Mk. Werte erzeugt hatte. Die Amerikaner hatten sich für gesellschaftliche oder eigene Uebernahme des Kruppschen Werkes in München interessiert. Die Verhältnisse sind aber so ungünstig geworden, daß daran nicht mehr gedacht wird.

Berlin, 30. Juni. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" feststellt, ist die Meldung hiesiger Blätter, daß Reichsminister Erzberger einen Erholungsurlaub in die Schweiz angetreten habe, unrichtig. Minister Erzberger befindet sich in Berlin und widmet seine gesamte Zeit der Arbeit an den Steuervorlagen, die er in der Nationalversammlung persönlich vertreten wird. Er denkt nicht daran, sich den Anforderungen zu entziehen, welche die Pflichten des Reichsfinanzministers und des Vizepräsidenten des Reichsministeriums an ihn stellen.

Berlin, 30. Juni. Bei der Besetzung des Verschiebebahnhofes in Lichtenberg durch ein Kommando der Reichswehrtruppen wurden mehrere Waggons mit Pferden, Ochsen und Kleinvieh vorgefunden, die längere Zeit dort allem Anschein nach gestanden hatten, ohne daß sich jemand um die Tiere bekümmert hätte. Eine Anzahl Tiere war bereits verendet. Andere konnten nur durch Notschlachtung der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Dem schnellen Eingreifen der Soldaten gelang es, die übrigen Tiere vor dem völligen Verdursten zu retten. Leider ist dieser Vorfall (eine Folge des Eisenbahnerstreiks) nicht der einzige seiner Art.

Berlin, 30. Juni. Der Kommunistenführer Herfurth, gegen den seit längerer Zeit ein Schutzhaftbefehl vorlag, ist festgenommen worden. — Nach der „Vossischen Zeitung" sollen die Truppen Lettow-Vorbecks Dienstag früh von drei Seiten in Hamburg einrücken. — In Bielefeld sind in Fortsetzung der Lebensmittelunruhen erneut schwere Ausschreitungen vorgekommen. Bei blutigen Zusammenstößen gab es Tote und Verletzte. Es gelang den Kommunisten, sich in den Besitz von Waffen und Munition zu setzen, Rathaus und Bahnhof wurden von ihnen besetzt. Die Behörden haben Regierungstruppen zu Hilfe gerufen.

Hamburg, 30. Juni. Das Standgericht vom hiesigen Landgericht hat den Taglöhner Wilhelm Jost, den Glasmacher Seufert und den Sergeanten Scheuermann sämtliche Mitglieder der U.S.P., wegen Beihilfe zum Hochverrat zu je 1½ Jahren Festung verurteilt, weil sie zu Beginn des Monats April in Lohr a. M. mit Militärgewalt die Räterepublik ausgerufen hatten. Ein vierter Angeklagter, der nicht erschienen war, hat sich nach Mißlingen des Putsches, dessen Führer er war, der Regierung als Spitzel gegen die eigene Partei angeboten und für seine Dienste 700 Mark erhalten.

Bern, 1. Juli. In Tribanesti ist, wie jetzt erst bekannt wird, der rumänische Staatsmann Peter Carp am 22. Juni im Alter von 82 Jahren gestorben. Er war am 29. Juni 1837 in Jassy geboren worden und betätigte stets warme Sympathie für Deutschland. Er widersetzte sich auch der Kriegserklärung Rumäniens an die Zentralmächte, drang aber mit seiner Ansicht nicht durch.

Amsterdam, 30. Juni. Die englischen Blätter vom 27. Juni melden weitere Ausschreitungen kanadischer Truppen in ihren Lagern in England. Wegen der drohenden Haltung der Truppen konnten keine Verhaftungen vorgenommen werden.

Amsterdam, 30. Juli. Der Handelskorrespondent der Times meldet aus Washington, daß aus der von dem amerikanischen Handelsamt veröffentlichten Statistik hervorgehe, daß der Anteil der brittischen Schiffe am Warenverkehr dauernd im Abnehmen begriffen sei, während der Anteil der amerikanischen Schiffe beständig wachse und daß es wahrscheinlich sei, daß Amerika bald an erster Stelle stehen werde.

Amsterdam, 1. Juli. Professor Herron, einer der Vertrauensleute Wilsons erklärte einem Vertreter der Daily News, das Ergebnis des Pariser Friedens würde sein, daß Deutschland in wenigen Jahren Europa östlich und südlich des Rheins und Asien bis nach Indien beherrschen werde. Die Friedensverhandlungen in Paris hätten allenthalben in Osteuropa lebhafte Sympathien für Deutschland geschaffen. Ein sofortiger Friedensschluß auf der Grundlage der 14 Punkte hätte diese Kalamität für die Entente verhindern können.

Paris, 30. Juni Matin teilt mit, daß der Sozialistenbund des Seinedepartements am Sonntag tagte und mit 6800 Stimmen bei 10 Stimmenhaltungen mehrere Entschließungen annahm. 1. In der Kammer solle die Sozialistengruppe gegen den Friedensvertrag stimmen. 2. Sollten die sozialistischen Delegierten am 14. Juli nicht der Siegesfeier beiwohnen. Der 14. Juli sei für die Sozialisten Frankreichs ein Trauertag. 3. Wird der Ausschluß von etwa 20 Mitgliedern verlangt, die für den Anschluß an die 3. Internationale eingetreten sind.

Versailles, 30. Juni. Clemenceau ließ dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation folgende Note zugehen: Herr Präsident! Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß das Waffenstillstandsabkommen die Fortdauer der Blockade vorsieht und daß dieses Abkommen so lange in Kraft bleibt, bis der Austausch der Noten über die Ratifizierung stattgefunden hat. Die Alliierten sind aber bereit, die Blockade aufzuheben, sobald die Ratifizierung ihnen durch die deutsche Regierung angezeigt worden ist. Genehmigen Sie Herr Präsident usw.

Clemenceau.

Frevelhafte Streiksucht.

Berlin, 1. Juli. Das Betriebspersonal der Berliner Verkehrsunternehmungen hat sich mit großer Mehrheit für den Streik erklärt, sodaß Berlin von heute ab wieder ohne Verkehrsmittel ist. Auch der Stadt- und Vorortsverkehr ruht. Leider ist eine längere Dauer des Streiks zu erwarten. Auch der Streik der Eisenbahner von Groß-Berlin flackert wieder auf. Die Metallarbeiter und Holzarbeiter bereiten eine Sympathiekundgebung vor. In den Versammlungen der streikenden Eisenbahner wurde seitens des Streikkomitees u. a. geraten, auch die Kohlen- und Lebensmittelzüge nicht mehr zu befördern.

Am Grabe unserer Wirtschaft.

Essen, 30. Juni. In der heutigen ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins wies der Geschäftsführer in seinem Geschäftsbericht — in einem Ueberblick auf die Zeit nach der Revolution eingehend — auf die fürchterliche Lage des Ruhrgebiets seit Ende vorigen und Anfang dieses Jahres hin. In der Zeit vom November bis zum 30. April, das sind rund 140 Arbeitstage, sei nur an 22 Tagen nicht gestreikt worden. An Schichten seien 6,6 Millionen verloren gegangen. Der Förderungsausfall habe sich auf 3,3 Millionen Tonnen und der Ausfall an Lohn auf 96 Millionen Mark belaufen. Was wir aus den Trümmern der Revolution gerettet hätten, das sei uns jetzt vom Feinde genommen worden. Unsere Vorräte an Steinkohlen würden infolge der brutalen, auf die Dauer auf die Erdrosselung des deutschen Volkes abzielenden Friedensbedingungen von 195 Millionen auf 78 Millionen Tonnen zurückgebracht werden. Die Förderung von Steinkohlen, die im Jahre 1913 190 Millionen Tonnen betrug, werde sich in Zukunft auf 91 Millionen Tonnen belaufen; denn 60 Millionen Tonnen gingen allein durch die Abtretung deutschen Landes verloren und ferner müßten 43,3 Millionen Tonnen auf Grund der Friedensbedingungen an die Entente ausgeliefert werden. Während der industrielle und gewerbliche Bedarf in dem verkleinerten Deutschland vor dem Kriege 63 Millionen Tonnen betrug, würden hierfür in der Folge nicht mehr als 10 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen. Mit diesen Zahlen eröffne sich ein geradezu trostloser Ausblick. Die Folgen lägen auf der Hand. Da Deutschland mit Rücksicht auf die ganze Lage des Weltkohlenmarktes und im Hinblick auf die eigene Zahlungsunfähigkeit gar nicht in der Lage sei, den Fehlbetrag von 53 Millionen Tonnen aus dem Auslande zu beziehen, so müßten Millionen und Abermillionen Frauen und Männer aus Deutschland ins Ausland gewiesen werden; denn es fehle jede Möglichkeit, sie auf deutschem Boden zu ernähren. Unsere Gegner hätten ihr Kriegsziel, daß Deutschland aufhören müsse, König der Kohlen zu sein, erreicht. Wir ständen am Grabe unserer Wirtschaft.

Erdbeben.

Bern, 30. Juni. Nach Florentiner Nachrichten wurde gestern nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr die Gegend bei Toskana von zwei außerordentlich heftigen Erdbeben betroffen, die sich bis nach Pisa, Bologna und Venedig bemerkbar machten. Unter der Bevölkerung herrscht große Panik. Tausende kampieren im Freien. Am schrecklichsten heimgesucht ist das 30 Kilometer lange Tal des Mugello, durch das die Bahn Florenz-Faenza führt. Nach den letzten Nachrichten war die Wirkung des Bebens in einigen Gegenden katastrophal. Einige Dörfer sind vollständig zerstört worden. Auch in den Städten wurde erheblicher Gebäudeschaden angerichtet. Bis jetzt spricht man von 100 Toten. Militärische Hilfe ist aufgeboten worden.

Kehraus.

Berlin, 30. Juni. Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa verläßt am 30. Juni abends die Stadt und kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabwickelung der Geschäfte vor sich gehen soll. Nur Generalmajor Freiherr v. Hammerstein, der Vorsitzende der deutschen Kommission, bleibt noch mit einigen Beamten zur Erledigung der Geschäfte in Spaa zurück. Der englische Vorsitzende, General Hankins ist bereits von Spaa abgereist. General Nudant, der französische Vorsitzende, dürfte ihm wahrscheinlich am 30. Juni folgen.

Wilson ist am Sonntag abend auf dem Dampfer „Georg Washington" von Brest abgefahren, auch Lloyd George hat Paris verlassen und ist im Laufe des Sonntags in London eingetroffen, wo er vom König und Kabinettsmitgliedern begrüßt wurde. In einer Ansprache vom Auswärtigen Amt aus mahnte er die Volksmenge, sich des Sieges im Geiste der Ehrfurcht, nicht im Geiste der Prahlerei zu freuen. Eine solche Mahnung wäre auch für die Franzosen angebracht, die ihrer Art entsprechend vollkommen vergessen haben, daß die Hilfe der ganzen Welt ihnen den „Sieg" gab, und sie gebärden, als seien sie allein Sieger geblieben.

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Basel, 30. Juni. „Journal" meldet: Die Vorbereitungen zur Rückbeförderung aller deutschen Kriegsgefangenen sind in Angriff genommen. Sämtliche in Frankreich sich noch befindlichen Zivilinternierte wurden entlassen und erhielten die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren. Im Saarbecken sind mehrere Züge mit deutschen Zivilinternierten eingetroffen.

Die „Humanite" berichtet, die französische Regierung hat die sofortige Entlassung und Heimbeförderung aller derjenigen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich angeordnet, die im Saargebiet und in den an Polen abzutretenden deutschen Gebieten beheimatet sind. Die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen geschieht in Sonderzügen und wird bis Mitte Juli beendet sein.

Sieh' auf Hindenburg!

Dort steht ein Mann,
du kennst ihn wohl,
er zog von Sieg zu Sieg,
dort steht er nun
ohn' sein Soldat
und weichet nicht zurück.

Er schaut dem Feind ins Angesicht,
der alte Leu,
und wird kein Knecht.
Auf, deutsches Volk,
dem Geist bleib treu,
Glück zu dir, neu Geschlecht!

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Postboten, von unserer Geschäftsstelle und den Austrägerinnen entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Erlaß des Demobilmachungskommissars betreffend die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen.

Es ist dem Arbeitsministerium in den letzten Tagen bekannt geworden, daß, obschon seit dem Erlaß der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 23. Dez. 1918 (R.G.Bl. S. 1456) 6 Monate, der Vollzugsverfügung des Arbeitsministeriums vom 22. Febr. d. J. (Staatsanzeiger Nr. 47) 4 Monate verstrichen sind, doch noch nicht in allen Betrieben die Wahlen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vorgenommen worden sind. Die Inhaber der noch rückständigen Betriebe werden hiemit aufgefordert, unverzüglich die vorgeschriebenen Wahlen zu veranlassen. Gegen säumige Betriebsinhaber müßte von jetzt ab auf Grund des § 6 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. Nov. v. J. (R.G.Bl. S. 1292) mit empfindlichen Geldstrafen (bis zu 100000 Mark) eingeschritten werden.

Stuttgart, den 23. Juni 1919.

Der Demobilmachungskommissar:
J. V.: Keck.

Oberamt Neuenbürg.

Wursthöchstpreise.

I. Auf Grund der Verfügungen der Fleischversorgungsstelle betreffend Wurst vom 28. September 1917 vom 26. Mai 1919 werden mit Zustimmung der Fleischversorgungsstelle folgende Höchstpreise für **Wurst** festgesetzt

1. für Blutwurst (Blunse, abgebunden) für 0,5 kg 1 ℳ
2. für 0,5 kg Schnittwurst

a) Leberwurst	1 ℳ 50 ₰
b) Schwartenmagen, rot (Preßwurst)	1 „ 60 „
c) Schwartenmagen, weiß (Preßwurst)	1 „ 80 „
d) Schinkenwurst, angeraucht	2 „ 80 „
e) Schinkenwurst, hartgeraucht	3 „ 70 „

II. Die festgesetzten Preise gelten für gute, aus Rind-, Kalb- und Schweinefleisch, Blut und Innereien dieser Tiere ohne Ueberschreitung des üblichen Wassergehalts meistermäßig hergestellte Wurst. Zusätze von Fleisch, Blut und Innereien anderer Tiere sind verboten.

III. **Andere** Wurstarten als die in Ziff. I genannten dürfen nicht hergestellt und nicht feilgeboten werden.

Die Herstellung von Wurst aus Fleisch, Blut und Innereien anderer Tiere (Pferdewurst, Kaninchenwurst) wird hierdurch nicht berührt, doch darf solche Wurst nicht in den gleichen Räumen wie Wurst aus Rind-, Kalb- und Schweinefleisch hergestellt werden. Auch ist beim Verkauf solcher Würste deutlich anzugeben, aus welchen Fleischarten sie hergestellt sind.

IV. Die Ueberschreitung der vorstehenden Höchstpreise ist strafbar.

V. Die festgesetzten Höchstpreise sind in den Fleischverkaufsstellen an einer für die Käufer leicht sichtbaren Stelle anzuschlagen. Die Ortspolizeibehörden haben die Einhaltung dieser Anordnung zu überwachen.

VI. Gegenwärtige Bekanntmachung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Den 23. Juni 1919. Bullinger.

Aufforderung an die Ortsvorsteher.

An den **Stachelbeeren** tritt eine Krankheit auf, welche die Ernte unbrauchbar macht. Die Beeren bekommen einen mehligweißen Ueberzug, der bald in einen rostbraunen Filz übergeht: Der **amerikanische Stachelbeermehltau**, die Krankheit breitet sich mit jedem Jahr weiter aus, in gleichem Maße steigt die wirtschaftliche Schädigung. Abhilfe ist nur von einem gemeinsamen Vorgehen zu erhoffen. Um dafür die Grundlage zu schaffen, werden die Herren Ortsvorsteher aufgefordert, zuverlässige Berichte über die Ausbreitung der Krankheit unter Angabe der Zahl der verseuchten Gärten bis spätestens **10. Juli dem Oberamt** einzureichen.

Neuenbürg, den 26. Juni 1919. **Oberamt.**
Rilling, Reg.-Ass.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.

Bis auf Weiteres kann den Gemeinden

amerikanisches Weizenmehl

zugewiesen werden. Der Anteil für den **Versorgungsberechtigten** ist auf **1 kg** berechnet.

Das Mehl wird ohne Anrechnung auf den Mehlbedarfsanteil auf **Einfuhrzusatzmarke** neben der allgemeinen Mehlration ausgegeben.

Im Kleinverkauf wird ein Höchstpreis bis zu 2 Mk. 20 Pfg. pro Pfund berechnet.

Den 30. Juni 1919. Oberamtspfleger Kübler.

Schweine- und Vieh-Mastfutter
v. höchstem Nährwert liefert
J. Lay,
Pforzheim, Leopoldsplatz, Hansahaus.

Arnbach.
Eine neumelkende
Ziege
sowie ein **Junges** hat zu verkaufen
Gottfr. Wolfinger.

Kameralamt Neuenbürg.

Nach der öffentlichen Aufforderung zur Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses (vergl. den Abdruck auf Seite 1 des Vordrucks zu dem Vermögensverzeichnis drittletzter Absatz) hat die **Einreichung** der **Vermögensverzeichnisse** an die Bezirkssteuerämter erst zu erfolgen, wenn **besondere Aufforderung** hiezu ergeht.

Die bis jetzt irrtümlicherweise an das Kameralamt eingereichten Verzeichnisse werden den Einsendern kurzer Hand zurückgesandt werden.

Den 30. Juni 1919. Mangold.

Privat-Realschule Schömberg.

Aufnahme für die 1. Klasse findet nach den Ferien am **10. September** statt.

Der Lehrplan erstreckt sich auf die Klassen

Sexta bis Untersekunda
(1. bis incl. 5. Klasse).

Der gesamte Unterricht wird von einem für höhere Schulen staatlich geprüften Lehrer erteilt. Anmeldungen sind zu richten an die Privat-Realschule Schömberg oder Herrn Pfarrer Supper, woselbst auch weitere Auskunft erteilt wird.

Privat-Realschule Schömberg.
J. Herrmann.

Gräfenhausen.

Stammholzverkauf

Aus dem hiesigen Gemeindewald kommen zum Verkauf:
668 St. Tannen und Forchen I. bis V. Kl. mit 522 Fm.

Schriftliche Angebote, in ganzen Prozenten des staatlichen Revierpreises ausgedrückt, wollen bis

4. Juli 1919, vormittags 8 Uhr,

beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Auszüge erteilt Waldmeister Kappler hier.

Bemerkt wird, daß die 15 St. Buchen mit 11 Fm. sowie die 21 St. Birken mit 5 Fm. im **öffentlichen** Aufstreich verkauft werden.

Im Anschluß an die sofort stattfindende Offertöffnung werden im öffentlichen Aufstreich verkauft:

15 St.	Buchen mit 11 Fm.,
21 „	Birken mit 5 Fm.,
49 „	Baustangen I. und II. Kl.,
149 „	Hagstangen I.—III. Kl.,
556 „	Hopfenstangen I. und II. Kl.,
233 „	Reisstangen I. und II. Kl.,
214 „	Rebstecken I. und II. Kl.

Den 26. Juni 1919.

Schultheißenamt.

Ich habe
am Mittwoch, von morgens 8 Uhr ab,
im Gasthof z. Hirsch in Unterreichenbach
einen großen Transport

erstklassiges Vieh
aller Gattungen
zum Verkauf, wozu Liebhaber höflichst einladet
Rudolf Löwengardt,
Nutzviehhändler.

In oder bei **Neuenbürg**
Wirtschaft
zu kaufen gesucht,
oder Haus von ca. 5 Zimmern mit größerem Garten dabei, welches dazu geeignet wäre, von solidem Käufer.
Angebote erbeten an die Geschäftsstelle des Enztälers.

Bremsen-Oel
erhältlich bei
Grundner Nachfolger,
Medicinal-Drogerie,
Wildbad.

Spülmädchen
gesucht.
Friedrich Hag
zum Kaiserhof, **Pforzheim.**

Calw.
Verkaufe 7 Stück
Gänse
(12 Wochen alt), schöne, starke, schwersten Schlag. Angeb. an
Otto Josenhaus,
Schlachthaus-Verwalter.

Achtung!
Wer eine
komplette Wohnungseinrichtung
haben will, der schreibe heute noch an
Versandhaus Wittmann
Lehningen b. Pforzheim (Baden).
15 Pfg. Rückporto beifügen.

Der Grundtrunk für Alle
wird der Kunstmost genannt, der aus
Steigerwald's Kunstmost-Ansatz
„Im Konservenglas"
auf sehr einfache Art hergestellt wird. Steigerwald's Kunstmost, wovon **1 Liter nur 14—16 Pfg.** kostet, ist unübertroffen an Güte und Wohlbekömmlichkeit. Steigerwald's Kunstmost-Ansatz ist in Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Süßstoff überall erhältlich. Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach.
J. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.

Forstamt Hirsau.

Stangen-Verkauf

am **Freitag, den 4. Juli 1919,** nachmittags 4 Uhr, im Schwanen in Hirsau aus Staatswald Lützenhardt Abt. 3 Kohlstich: Fichten: 360 Baustangen I.—III. Kl., 766 Hagstangen I. bis III. Kl., 970 Hopfenstangen I.—IV. Klasse. Tannen: 7 Baustangen I. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Vertauf

am **Mittwoch, den 2. Juli,** 7 Uhr vorm. von Nr. 471 bis 550, 7½ Uhr vorm. von Nr. 551—630, 8 Uhr vorm. von Nr. 631—710, 8½ Uhr vorm. von Nr. 711 bis zum Schluß sowie etwa sonst noch nicht eingelöste Junimarken und von Nr. 1—30, 9 Uhr vorm. von Nr. 31—110, 9½ Uhr vorm. von 111—190, 10 Uhr vorm. von Nr. 191—270, 10½ Uhr 271—350, 11 Uhr vorm. von Nr. 351 bis etwa Nr. 430.

Städt. Lebensmittelstelle
J. A.: Klink.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

Ein gut erhaltener **Brot- und Glaskasten** (Büffet) für Wirtschaft oder Bäcker, ein großes **Schüsselbrett,** ein großes **Kaffeebrett,** ein halbgroßes **Schaufenster,** bereits neu, elektrische und Erdöl-**Hängelampen, Kleiderhalter,** kleine und große **Flaschen** und sonst noch Entbehrliches.

Alte Pforzh.-Str. 19.

Neuenbürg.
Ein starkes
Läuferschwein
hat preiswert abzugeben
G. Kienzle z. grünen Baum.

Conweiler.

Feder-Ringmacher

kann sofort eintreten
Gottfried Müller.

Neuenbürg.
Habe wieder schöne
Läuferschweine
zu verkaufen
Ernst Ochner j. Nachf.

Fräulein sucht für sofort gut möbliertes
Zimmer
in **Neuenbürg.**
Offerten an die „Enztäler" Geschäftsstelle erbeten.

Schneiderin, in allen Arbeiten bewandert,
sucht Arbeit
im Ausnähen.
Offerten an die Geschäftsstelle des „Enztäler" erbeten.

Conweiler.
Habe eine
Glucke
mit 12 rassereinen Italiener **Küken,** ein sehr schönes vier Monate altes
Ziegenlamm
sowie eine gute
Milchziege
zu verkaufen
Karcher, Postagentur.

Oberkollbach OA. Calw.
Wegen Entbehrlichkeit biete ich einen 2½ Jahre alten
Zuchtfarren
(Gelbscheck), unter jeder Garantie dem Verkauf an
Joh. Georg Kuhnert,
Farrenhalter.

Damenbinden! Diskret
Verpackt, portofrei, in altbekannter Güte gegen Voreinsendung. Probe-Dutzend Qual. I ℳ 5.—, Qual. II ℳ 4.50, Gürtel (Friedensware) ℳ 5.00, Nachn. 25 ₰ mehr.
H. Hildenbrandt,
Charlottenburg 253,
Schlüterstr. 49.

Glänzenden Verdienst
an Kriegsbesch., Kaufleute, Hausierer etc. in Stadt und Land b. sofortiger Einführung v. Massenartikel. Auch Nebenerwerb. Risiko. Näheres **Eyer & Co.,** Kaiserstadt.

Damen- u. Mädchen-Bekleidung
Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen.
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken u. Unterröcke.
C. Berner
Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw